

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte Ziffer 1 des SPD-Antrags aus der Drucksache 20/423 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig so beschlossen.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit so geschehen.

Wer möchte den Ziffern 3 bis 5 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Die GAL-Fraktion möchte diese Drucksache nachträglich an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt.

Wir kommen zu den Punkten 33 und 14, den Drucksachen 20/422 und 20/382. Antrag der SPD-Fraktion: Den Tierschutz in Hamburg stärken und Antrag der Fraktion DIE LINKE: Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Den Tierschutz in Hamburg stärken
– Drs 20/422 –]**

Zum Antrag der der SPD-Fraktion liegt Ihnen als Drucksache 20/519 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Tierversuche reduzieren – tierversuchsfreie
Forschung stärken!
– Drs 20/519 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
– Drs 20/382 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte alle drei Drucksachen an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schäfer, Sie haben es.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema, das wir heute diskutieren, ist nicht neu, wir hatten es auch schon in der letzten Legislaturperiode. Wir hatten es auch schon im Ausschuss und dort ausgiebig darüber diskutiert. Wir hatten außerdem auch Expertenanhörungen dazu. Wir sollten es gleichwohl nicht der Diskontinuität zum Opfer fallen lassen, deswegen holen wir es jetzt wieder zurück und ich möchte mich etwas kürzer fassen, denn wir hatten das alles schon ausgiebig diskutiert.

(Heiko Hecht CDU: Wenn man keine Inhalte hat!)

Sollten wir darüber Einigkeit erzielen können, dass Tiere entweder dort leben, wo sie es von sich aus tun, oder aber artgerecht gehalten werden müssen, aus welchen Gründen auch immer sie gehalten werden, dann schließt das einige Dinge schlicht aus. Exotische Tiere leben nämlich in exotischen Ländern, aber bitte nicht in deutschen Haushalten. Dort haben sie nichts zu suchen, insbesondere dann nicht, wenn sie obendrein auch noch gefährlich sind.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GAL und Kersten Artus DIE LINKE)

Von daher möchten wir geprüft wissen, wie man ein Verbot der Haltung solcher Tiere grundsätzlich durchsetzen und umsetzen kann.

Zweitens: Tiere in Zirkussen. Zirkusse haben eine lange Tradition und ich kann mich selbst daran erinnern, dass ich es als kleines Kind geliebt habe, in Zirkusse zu gehen und Tiere zu sehen, die ich sonst niemals irgendwo hätte wahrnehmen können.

(Dietrich Wersich CDU: Die sitzen heute lieber auf dem Sofa und gucken Animal Channel!)

Da haben sich mittlerweile die Verhältnisse etwas geändert, insbesondere, wenn man in einer großen Stadt lebt, in der es einen Zoo gibt. Die Verhältnisse haben sich auch insofern geändert, als es ganz andere Informationsmöglichkeiten gibt. Man muss nicht mehr Tiere auf kleinstem Raum halten und von Ort zu Ort transportieren in eine Umgebung, in der sie sich beim besten Willen niemals wohlfühlen können. Dies ist nicht nötig und deswegen möchten wir auch hier, dass bundesweit geprüft wird, wie man diese Sache so regeln kann, dass Tiere in Zirkussen nicht mehr auftreten müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Heidrun Schmitt GAL)

Drittens das Verbandsklagerecht. Dies hatten wir schon ausführlich in einigen Expertenanhörungen diskutiert, es ist der heißeste Punkt. Heute stand dazu etwas in der Morgenpost, jemand aus diesem Hause hat sich dazu geäußert – ich zitiere –:

"Und wenn ein Amtsveterinär die Tierhaltung bei einem Viehhalter für in Ordnung erklärt, könnten Tierschützer dagegen vor Gericht ziehen und es prüfen lassen."

(Zurufe von der GAL: Das geht nicht!)

– Genau so muss es sein, denn so ist es überall. Man kann jede Entscheidung jederzeit überprüfen lassen. Warum dann nicht hier?

(Dr. Martin Schäfer)

Wir wollen, dass festgestellt werden kann, ob solche Entscheidungen richtig sind oder nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir hatten in einer unserer Expertenanhörungen das Beispiel gehört, dass Legehennen von 1972 bis 1999 auf allerengstem Raum zusammengepfercht wurden, bis dann das Verfassungsgericht feststellte, dass diese Art der Haltung nicht zulässig sei. 27 Jahre lang gab es keine Möglichkeit, dagegen irgendetwas zu tun. So etwas möchten wir ändern und deswegen wollen wir ein Verbandsklagerecht einführen für Tierschutzvereine, die entsprechend seriös sind.

(Dietrich Wersich CDU: Ich denke, jeder kann das überprüfen! – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist immer noch der Senator, der in dir kocht!)

– In diesem Fall kann ein Gericht dies auf Antrag hin überprüfen, Herr Wersich. Sie müssen genauer zuhören.

Daher möchten wir auch dieses umsetzen, und zwar schnell, denn es ist die letzten Jahre zerredet worden. Von daher überweisen wir den Antrag auch nicht, sondern beschließen ihn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Thering, Sie haben das Wort.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Schäfer, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wir schließen uns Ihren Auffassungen an.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Es fängt schon mal gut an, Herr Dressel. Warten Sie ab, was da noch kommt, ganz so ist es doch nicht.

Wir schließen uns den Ausführungen an, dass der Schutz von exotischen Tieren wichtig ist. Jedoch ist unserer Ansicht nach die Regelung im Tierschutzgesetz und im Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung absolut ausreichend.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der notwendigen Deregulierung und Entbürokratisierung sollte keine weitere Verordnung in diesem Zusammenhang geschaffen werden. Dem Antrag der SPD werden wir größtenteils so nicht zustimmen können. Die gestellten Anträge haben nur wenige Verbesserungen der Bedingungen für die Tiere zur Folge, würden aber zu einem enormen Ausbau der Bürokratie führen.

Ein generelles Haltungsverbot von Tieren, insbesondere von Wildtieren, löst keinerlei Probleme. Herr Dr. Schäfer, haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, was mit den Bestandstieren passiert, die bereits in den Zirkussen leben oder in Privathaushalten gehalten werden? Sollen die in die Tierheime abgeschoben werden oder in die Zoos? Da ist relativ wenig Platz. Die letzte Konsequenz wäre, dass man diese Tiere dann töten müsste. Das kann aber nicht im Sinne der SPD-Fraktion sein.

Viel wirksamer ist und bleibt eine umfassende Überwachung vor Ort, um das Wohl und die Lebensumstände der Tiere zu begutachten. Der Tierschutz kann garantiert werden mit verbesserten, unverbindlichen Rahmenbedingungen und klaren Durchsetzungsregelungen auch in den Zirkusbetrieben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Unverbindliche Rahmenbedingungen?)

– Richtig, die haben wir schon, verbindliche Rahmenbedingungen. Also ich habe verbindlich verstanden, aber es ist in Ordnung, Herr Dressel.

Auf diese Umsetzung müssen wir uns konzentrieren und nicht darauf, irgendwelche weiteren bürokratischen Hürden zu schaffen.

Das durchaus noch zu verbessernde Zirkuszentralregister, das eingeführt wurde und in dem die Zirkustiere erfasst werden, wird es ermöglichen, Tieren im Zirkus gute Bedingungen zu bieten. Verstöße gegen Haltungsbedingungen sind zu dokumentieren und, wo möglich, effektiv zu verfolgen. Gleichzeitig müssen wir die von mir eingangs erwähnten Gesetze weiterentwickeln und verbindlicher gestalten. Wir sind uns darüber einig, dass eine bloße Zurschaustellung der Tiere nicht stattfinden darf. Aber das Kulturgut Zirkus hat seine Existenzberechtigung, und man muss auch an die Zirkusbetriebe denken, von denen wir circa 120 in Deutschland haben, kleine Zirkusse, die auf ihre Tiere angewiesen sind. Sollten ihnen diese Tiere entrisen werden, müssten sie über kurz oder lang schließen. Das kann auch nicht im Sinne der SPD-Fraktion sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Deutschland heute bereits eines der besten und strengsten Tierschutzgesetze der Welt. Insgesamt geht es doch darum, bei den Haltern die schwarzen Schafe auszusortieren

(Jan Quast SPD: Aber nur die Schafe, nicht die anderen!)

und den Leuten, die ihre Tiere vernünftig, artgerecht und sicher halten, weiterhin die Möglichkeit zu geben, ihrer Leidenschaft nachzugehen.

Nun aber zur Kernforderung Ihres Antrags. Der vorliegende Antrag fordert, eine geeignete Rechts-